



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

XII/247 - 28.10.1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 91684 - 83
Fernschreiber 0866890

Hinweise auf den Inhalt:

Gipfelkonferenzen	S. 1
Italiens Sozialisten	S. 2
Russen dürfen - Deutsche nicht	S. 4
Die die politischen Gefangenen in der Zone	S. 5
Die deutschen Fremdenlegionäre in Nord-Afrika	S. 8

Gipfelkonferenzen

sp. Die politischen Ereignisse - ausser der Abberufung von Schukow - während der letzten Tage, lassen sich wie folgt zusammenfassen: Der Westen und der Osten werden in Kürze, jeweils in ihren ideologischen und militärischen Machtbereichen, sogenannte Gipfelkonferenzen abhalten. Auf beiden Seiten wird man voraussichtlich die Feststellung treffen, dass man so stark wie noch nie sei und jeden angreifbar zerschmettern könne. Es gehört nicht viel Fantasie dazu und auch nicht allzuviel Wissen um die militärische Stärke beider Seiten, um sagen zu können, dass diese zu erwartenden Erklärungen wahrscheinlich sogar den Tatsachen entsprechen.

Die Welt wird also auch weiterhin den sehr zweifelhaften Frieden der Furcht in Kauf nehmen müssen und abermillionen Menschen werden in dem Bewusstsein leben, dass ständig ein Damoklesschwert über ihnen hängt.

Einen Nutzen oder gar einen Sinn hat dies alles nicht. Es ist sogar widersinnig, wobei es unerheblich sein dürfte, die "Schuld" am Entstehen dieser Situation mit der Grammwaage abwiegen zu wollen.

Es bleibt aber eine Hoffnung: Wenn man sich auf beiden zu erwartenden Gipfelkonferenzen darüber einig geworden sein wird, dass die andere Seite genau so stark wie man selbst ist, wird man vielleicht den Weg zu einem neuen Gespräch zwischen Ost und West leichter als jetzt finden. Denn niemand - weder Moskau noch Washington - gibt sich heute noch der Illusion hin, morgen vielleicht doch noch stärker sein zu können als der andere. Und selbst, wenn er es sein würde - wem könnte das nutzen?

* * *

- 2 -

Das Dilemma der italienischen Sozialdemokratie

P.E. Rom, Ende Oktober

Zum Unterschied von den meisten anderen Ländern des europäischen Westens weist Italien keine starke sozialdemokratische Partei auf. Hier ist, auf Grund eigenartiger historischer Entwicklungen, das sozialistische Lager in zwei Parteien aufgespalten - Linkssozialisten und Sozialdemokraten -, von denen die Sozialdemokraten zahlenmässig die weitaus geringere Rolle spielen. Zugleich aber sind die die einzigen Angehörigen der Sozialistischen Internationale und somit die einzigen Repräsentanten jenes Sozialismus, der dem Kommunismus in unbedingter, eingeschwoener ideologischer Gegnerschaft gegenübersteht.

Die sozialdemokratische Partei Italiens hat sich erst vor rund zehn Jahren von der sozialistischen abgespalten. Seither bestand zwischen Sozialdemokraten und Nenni-Sozialisten eine Feindschaft, die ihren deutlichsten Ausdruck darin fand, dass die Sozialdemokraten immer wieder ihre Vertreter in die Regierung entsandten, während die Nenni-Sozialisten gemeinsam mit den Kommunisten sich in unentwegter Opposition befanden. Diese Situation erfuhr eine grundlegende Änderung, als im Sommer 1956 die beiden Parteiführer Nenni und Saragat in einer persönlichen Begegnung die Möglichkeit einer Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien ins Auge fassten. Seither bemühtigte sich eines grossen Teiles der sozialdemokratischen Führung der leidenschaftliche Wunsch, diese Wiedervereinigung so rasch wie möglich zu verwirklichen und damit die Einheit des Sozialismus wiederherzustellen.

Diese Situation hat innerhalb der sozialdemokratischen Parteiführung zu schweren Gewissenskrisen geführt. Ein linker Flügel, zu dessen prominentesten Mitgliedern der Parteisekretär Matteotti zählte, vertrat die Überzeugung, man müsse Nenni seine Aufgabe durch eine "Vorleistung" der Sozialdemokraten erleichtern. Diese Vorleistung konnte nur darin bestehen, dass die Sozialdemokraten die Koalition mit der Democrazia Christiana aufopferten, aus der Regierung ausscheiden und in die Opposition gingen.

Damals, im Frühjahr 1957, rüstigte der Parteiführer Saragat den

Partei sekretär Matteotti, der dieses Programm mit Leidenschaft vertrat, seine Stelle niederzulegen. Es dauerte aber nicht lange, bis Saragat erkennen musste, dass ein bedeutender Teil der sozialdemokratischen Gefolgschaft die Ansichten Matteottis teilte. Daher entschloss sich Saragat nur seinerseits zu demselben Schritt, den Matteotti zuvor gefordert hatte: Er erklärte, nicht länger an der Regierung teilnehmen zu können, worüber die Regierung Segni zu Fall kam.

In diesen Tagen hat nun in Mailand der sozialdemokratische Parteikongress stattgefunden, der darüber entscheiden sollte, welche von den verschiedenen Richtungen innerhalb der Parteiführung tatsächlich die Mehrheit der eingeschriebenen Parteimitglieder hinter sich hatte. Es standen sich auf diesem Kongress nicht weniger als vier "Richtungen" gegenüber, von denen aber praktisch nur zwei wirkliche Wichtigkeit zukam: Dem sogenannten "Zentrum" Saragats und seiner Anhänger und der "Linken" Matteottis mit seinen Gefolgsleuten.

Das "Zentrum" und die "Rechte" sind davon überzeugt, dass angesichts der höchst unklaren Haltung der Monzi-Sozialisten von einer Wiedervereinigung der beiden Parteien auf absehbare Zeit nicht die Rede sein kann. Daher will sich diese Gruppe gegebenenfalls den Rückweg in die Regierungskoalition offerhalten, die ihrer Überzeugung nach in der Vergangenheit die beste Möglichkeit gebildet hat, positive gesetzgeberische Arbeit im Interesse der italienischen Arbeiterschaft zu leisten: Der linke Flügel unter Führung Matteottis will jedoch von einer Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit der Democrazia Christiana absolut nichts wissen.

Man kann nicht sagen, dass das Abstimmungsergebnis auf dem Mailänder Parteikongress einen klaren, eindeutigen Sieg der einen oder anderen Richtung erbracht hätte. Zwar erzielte das "Zentrum" Saragats die relative Mehrheit, aber die Linksoption Matteottis hat sich als stärker erwiesen, als die meisten Beobachter angenommen hatten. Saragat wird zweifellos die Führung der Partei, die er seit ihrem Bestehen innegehabt hat, weiter beibehalten, aber er wird es nicht leicht haben, sich mit seinem politischen Konzept, das auf eine zukünftige neuerliche Zusammenarbeit mit der Democrazia Christiana gerichtet ist, gegen die Opposition des linken Flügels durchzusetzen.

28.10.1957

Zweimal "Manövergäste"

KJ. Am 3. Oktober wurden zwei Kameraleute der sowjetzonalen Filmgesellschaft DLFA bei Kempten festgenommen. Sie waren dabei, von den Manövern der Ersten Gebirgsjägerdivision Aufnahmen zu machen. Das dürfen die Deutschen von jenseits der Elbe nicht. Ausserdem stimmte mit ihren Papieren einiges nicht - und Mitglieder der verbotenen KPD sollen sie früher auch gewesen sein. So wie bei uns die Dinge liegen, kommt da nur Einsperrerei in Frage. Der "Feind" aus Mitteldeutschland hat bei Manövern in Westdeutschland nichts zu suchen. Ausser den genannten Kameraleuten mussten das auch etliche Zonenjournalisten erfahren. Wer sich den Platzpatronen-Krieg angucken will, macht sich quasi der Militärsplionage für eine auswärtige Macht verdächtig - jedenfalls dann, wenn er aus Mitteldeutschland kommt. Und das ist eine böse Sache.

Dafür sehen sich die "Kussen - Adenauere "Weltfeind Nummer eins"- die Militärmanöver unseres durch und durch souveränen Staates an! Und daran kann sie keiner hindern: die Herren der sowjetischen Militärmission, stationiert in Baden-Baden, sind exterritorial und können in der Bundesrepublik herumreisen; soviel sie wollen und wohin sie wollen. Jetzt waren sie bei der Ersten Luftlandedivision, die im Raum Münsingen manövriert. Einige bewegten sich in Uniform, andere in Zivil - ein Russe war sogar mit einer weissen Schiedsrichterbinde angetan. Eine tolle Sache, aber die Bundeswehroffiziere können dagegen nichts machen. Sogar das geschah: Anfang Oktober beschwerte sich ein sowjetischer Oberst bei einem Feldjäger-Offizier der Bundeswehr im Manöverraum Schleswig-Holstein darüber, dass man dort ihn und seinen Begleitern unzulässigerweise nachspionierte...

Es ist schon eine eigene Sache mit der bundesdeutschen Souveränität! Die Herren der sowjetischen Militärmission haben offensichtlich keiner deutschen Dienststelle etwas von ihrer Schlachtenbummelei gesagt. Wahrscheinlich informierten sie en passant die Westalliierten (das Wort macht sich übrigens immer seltsamer aus und man wird künftig besser hinzufügen: des zweiten Weltkrieges) von ihren Manöverinteressen - aber auch das weiss man nicht genau.

Als ungebetene Gäste galten beide: Russen wie mitteldeutsche Kommunisten. Der Unterschied liegt nur eben darin, dass man die einen gewähren lassen muss, während man die anderen einsperren kann. "Souverän" sind wir da nur in Bezug auf unsere "feindlichen" Landsleute aus Mitteldeutschland. Mal von der Sache her: wie harmlos sind doch - streng in Abwehr-Kategorien gedacht - die Pankower Propagandaleute im Vergleich zu den sowjetischen Militärexperten! Die Vernunft, die Logik steht Kopf, wie so oft in unserer Zeit; und es zeigt sich wieder einmal, wie traurig es mit unserer Souveränität bestellt ist. Da, wo wir sie anwenden müssten, wird sie zur Tragikomödie.

* * *

Neue Schritte des DRK in der Gefangenfrage

D.R. In einem Gespräch mit Vertretern des DRK wurde kürzlich die Entlassung von ehemaligen Kriegsgefangenen und den von sowjetischen Tribunalen verurteilten Gefangenen aus den ostzonalen Strafvollzugsanstalten erörtert. Dabei wurde festgestellt, dass in einigen Fällen erfolgreich mit dem ostzonalen DRK in Dresden verhandelt werden konnte, das Anträge auf Haftentlassung von Schwerkranken an das Justizministerium in Ostberlin befürwortend weitergeleitet und dadurch auch ihre Freilassung erwirkt hat.

Obwohl anzunehmen ist, dass nach wie vor sowjetische Instanzen über die Freilassung der von ihnen verurteilten und der Zonenjustiz zur weiteren Strafverbüßung übergebenen Gefangenen entscheiden, bemüht sich Pankow, auf seine alleinige Zuständigkeit für diese Gefangenen hinzuweisen. Andere Informationen bestätigen, dass die Entlassung von Tribunalverurteilten jeweils nach vorheriger Abprache zwischen sowjetischen Vertretern und denen der Zonenjustiz vorgenommen wurden.

Vergeblich forschten bisher ehemalige Häftlinge nach den Gesichtspunkten, die bei den Entlassungsaktionen massgebend sind, da Befangene mit relativ hohem Strafmaß früher entlassen wurden, als jene, die wesentlich geringere Strafen zu verbüßen hatten. Hinzu kommt, dass gute Arbeitsleistungen oder Spitzeldienste bei den Tribunalverurteilten nicht zu einer früheren Entlassung geführt haben. Durch die Erklärung der Sowjetunion, dass es in Russland keine Kriegsgefangenen mehr gäbe und die restlichen Gefangenen der DDR übergeben worden seien, versucht Moskau, die Kompetenz der Zonenregierung in diesen Fragen herauszustellen und zu einem Politikum zu machen.

Zweifellos geht es Pankow nur darum, ein Äquivalent zu den in der Bundesrepublik inhaftierten "Friedenskämpfern" in der Hand zu haben und die Bundesregierung zu direkten Verhandlungen über die ca. 350 noch inhaftierten Tribunalverurteilten mit dem Zonenregime

zu veranlassen. Aus vorzweifelten Briefen der noch in der Zone befindlichen Tribunalverurteilten an ihre Angehörigen geht hervor, dass die Zonenjustiz eine Überprüfung der Urteile mit fadenscheinigen Begründungen ablehnt und jegliche Protestaktionen in Keime erstickt. Es hat sich somit für diese noch in Haft befindlichen, bedauernswerten Menschen eine Lage ergeben, die sie ohne Recht der Willkür einer hinreichend bekannt gewordenen Terrorjustiz ausliefert.

Bei den in Dresden stattfindenden Besprechungen mit dem zonalen DRK sollten die Vertreter der Bundesrepublik nochmals behutsam über die Freilassung der noch verbliebenen Gefangenen verhandeln. Dabei sollte auch darüber gesprochen werden, ob wenigstens eine Überprüfung des Verfahrens und der Urteile durch die Vermittlung des zonalen DRK beantragt werden kann.

Offensichtlich könnten auf internem Verhandlungswege bessere Erfolge erzielt werden als durch Pressekampagnen, die das Gefangenensproblem nur noch komplizieren. Deshalb sind die Bemühungen des DRK um die noch verbliebenen Gefangenen nach dem Scheitern der Moskauer Verhandlungen in dieser Frage von grosser Wichtigkeit, weil sie ohne politische Aspekte von rein menschlichen Erwägungen her erfolgen. Der Besuch von Vertretern des Internationalen Roten Kreuzes in ostzonalen Haftanstalten ist deshalb als ein wesentlicher erster Schritt zum gegenseitigen Kontakt zu betrachten und nicht, wie es vielfach in der Presse ausgelegt wurde, als eine Anerkennung des zonalen Strafvollzuges durch die Erklärung der IRK-Vertreter, die Verhältnisse in den Strafanstalten der Zone seien nicht unerträglich.

Jedes Gespräch, das mit Vertretern der Zone über die Gefangenen geführt werden kann, sollte weniger ins politische Blickfeld gerückt werden, um eine sachliche Erörterung zu ermöglichen. -

Algerien - auch ein deutsches Problem

"Von zehn Fremdenlegionären, denen man in Nordfrankreich, in Paris oder Marseille begegnet, sind mindestens acht Deutsche; aus der Bundesrepublik und Deutsche aus der DDR", berichtete ein deutscher Journalist im Anschluss an eine Reise ins algerische Kampfgebiet.

Überall, wo die französische Regierung zur Befriedigung des aufgewühlter Landes militärische Gewalt einsetzt, kämpfen, morden und sterben auch Deutsche. Die meisten haben den Weg in die Legion freiwillig gewählt. Der Werber, der mit grosszügigen (meist leeren) Versprechungen arbeitet und mit Alkohol nachhilft, scheint in der Nachkriegszeit - wenigstens in Deutschland - brotlos geworden zu sein. Das Angebot der Abenteuerlustigen, der gescheiterten Existenzen, der Heimatlosen ist gross genug, um für die Toten und die "Ausgedienten" Ersatz zu bieten. Die Legionäre sprechen mit einem gewissen Stolz davon, dass sie ohne Zwang den "Dienst" aufgenommen haben. Vielen blieb überhaupt nur dieser eine Weg.

"Ein Mörder, ein Massenmörder"

"Wir machen aus Dir einen guten Kämpfer", sagten die französischen Korporale zu dem 17-jährigen Hamburger Kaufmannssohn, der 1952 sein Elternhaus verliess, weil er das ungewisse Schicksal dem sicheren Gefängnis vorzog. Er hatte in einer Arvandlung von Grossmannssucht den Wagen seines Vaters gestohlen und eine Vergnügungsfahrt unternommen, ohne einen Führerschein zu besitzen. Zwei junge Radfahrer waren die Opfer seines Leichtsinns. Aber die Legion fragt nicht, wer man ist. Sie nahm den 17-jährigen und versprach einen Kämpfer für Frankreichs Sache aus ihm zu machen. Er blieb jedoch nüchtern genug, um zu begreifen, dass er in Wirklichkeit ein Mörder wurde. "Ich bin ein Mörder, ein Massenmörder", erklärte er dem deutschen Journalisten mit zynischer Offenheit. "Gewissensbisse? Die hatte ich einmal gehabt. Aber inzwischen habe ich wohl einige hundert Eingeborene ermordet, in Indochina und Nordafrika. Aber das war legitim und dafür habe ich meine Orden und Tapferkeitsmedaillen erhalten. Als Soldat habe ich die Befehle meiner Vorgesetzten zu befolgen. Weiter nichts!".

Trotzdem möchte er nach Hamburg zurück. Die Strafe, die ihm dort erwartet, will er gern in Kauf nehmen. "Nur weg hier, raus hier, wo man verkommt ...".

Nicht jeder überlebt die paar Jahre, nicht jeder kommt mit heilen Knochen nach Hause. Der junge Berliner z.B., den ich 1953 in einem Ruhrpütt kennenlernte, wollte nur "etwas erleben". Deshalb gab er seinen Arbeitsplatz auf und fuhr nach Koblenz, wo sich damals eine Werbedienststelle befand. Er war nicht lange "dabei" und "erlebt" hatte er ausser barbarischem Schluss in einen Wüstenfort, sinnlosen Trinkgelagen und einigen Abenteuern mit arabischen Halbweltdamen nichts, was er für reizvoll hielt. Irgendwo in der nordafrikanischen Wüste liegt er verscharrt. Seine Kameraden hatten nicht einmal Zeit, ein Holzkreuz an der Stelle in den Sand zu stecken.

Über diese traurigen Fälle reden die Legionäre nicht gern. Die Toten sind bald vergessen und beim Antreten rückt man stillschweigend auf.

Die Tiere haben es gut

Sie haben einen merkwürdigen Ehren- und Sittenkodex, die Leute von der "Legion Etrangère". Mit Verachtung strafen sie denjenigen, der ihren "Verband" verunglimpft. Die Drohung, dass sie ihr die Knochen im Leibe zerbrechen werden, ist vielleicht noch die kernloseste Vokabel ihres imposanten Wortschatzes. Einige deutsche Zeitungsschreiber sind

persönlich angeschrieben worden und die Legionäre fühlten sich verpflichtet, ihnen schon vorher mitzuteilen, dass sie ihre Knochen einsammeln könnten, wenn "die Gelegenheit" sich bietet. Die Redakteure hatten nämlich in einer Illustrierten anlässlich der britisch-französisch-israelischen Aktion gegen Ägypten berichtet, die Fremdenlegion habe unter der Zivilbevölkerung von Port Said ein Blutbad angerichtet und Männer, Frauen und Kinder erschossen. Mit gewichtiger moralischer Entlastung schrieben sie: "Wir werden uns nie an Kindern und Hunden vergreifen".

Wenn sie aufmerksam die französischen Tageszeitungen der letzten Wochen gelesen hätten, die Einzelheiten über die Grausamkeiten der "Pazifizierungsmassnahmen" veröffentlichten, wäre ihr Protest sicher weniger überzeugend ausgefallen. Allerdings wird man billigerweise zugeben müssen, dass die Legion den sehr zweifelhaften Ruhm, die lakonische Faustregel Wilhelms II. für das China-Expeditionskorps "Pardon wird nicht gegeben. Gefangene werden nicht gemacht", allzu wörtlich zu nehmen, mit den französischen Sicherheitstruppen teilt.

Dass alles, was in Nordafrika krawcht und flucht, und kein Mensch ist, bei den Legionären gern gesehen ist, wurde immer wieder bestätigt. Die Kasernen und Forts in Afrika wirken auf den mit den Legionäreseigenarten nicht Vertrauten, wie eine moderne Arche Noah. Junge Gazellen, Leoparden, Schakale, ja sogar junge Kamele und Giraffen, ganz abgesehen von dem gewöhnlichen Viehzeug wie Hunden und Katzen, bevölkern die Quartiere... Eines der anschaulichsten Beispiele für den merkwürdigen Ehrenkodex berichtete der eingangserwähnte Journalist aus Algier.

In einer kleinen und dunklen Bordellgasse des Araberviertels wurde im Frühjahr ein deutscher Legionärs-Unteroffizier angeschossen. Man vermutete einen persönlichen Racheakt. Über die "Leute" des Verletzten fühlten sich beleidigt und erschienen am folgenden Tage in der Gasse, um ihrerseits Vergeltung zu üben. Mit Koppeln und Stöcken schlugen die Kutteriche (die meisten waren Deutsche) auf die wehrlosen Zivilisten ein. Frauen wurden niedergetreten, Kinder getreten. Als sie von den entsetzten deutschen Journalisten zur Vernunft gebracht worden waren, rühmten sie sich: "Schade nur, dass wir hier in Algier keine Schusswaffen, keine Seitengewehre und keine stehenden Messer tragen dürfen. Die hätten sonst was erleben können". In "Bled", dem Landesinnern, pflegen die Legionäre weniger rücksichtsvoll zu sein.

Die einheimische Bevölkerung weiss sehr wohl, dass die Legion - wie das deren Angehörige ironisch ausdrücken - eigentlich keine französische, sondern eine deutsche, eine "dritte deutsche Wehrmacht" ist. Der Begriff DEUTSCHER hat unter den Algeriern einen anderen Klang bekommen, seit Deutsche im Solde der französischen Regierung ihrem Volke tagtäglich schwere Opfer bereiten. Heute schon sprechen viele Algerier das überzeugt nach, was einer ihrer politischen Führer kürzlich sagte:

"Die Legion Etrangère ist die Waffen-SS der französischen Kolonialpolitik. Sie ist eine deutsche Importware, die absolut ungeeignet ist, unser Land zu befriedigen".

+ + +

Entnommen aus "Klarer Kurs",
Zeitschrift der Jungsozialisten.